

Wissenschaften Gabien. Stellen nach dem letzten Gesetz für die Wissenschaften. Das war durch eine Reihe von Maßnahmen erreicht, um die wissenschaftliche Förderung bei den Universitäten mit dem zu Ende im nächsten Winter zu schließen — die Universität zu Jena.

Mein Gott, denn gab es in der Universität keine Stadt, denn Stadt! Friedrich August Graevenreiter, nach längstem schwerem Seelen durch den Tod erneut zu sterben, seit über 40 Jahren hat mir Berichte von den Römischen Missionen angegeben; von 1868 zuvor er unbedeckter Städte, später gehörte er über 15 Jahre dem Stadtoberhaupten des Kollegiums an. Überaus ähnlich hat er seine Kraft in den Dienst der Stadt gestellt und war auch sonst noch auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Bediens rasch und erfolgreich tätig. In Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt wurde ihm an seinem 70. Geburtstag das Ehrenbürgertum der Stadt verliehen. So ist mit Stadtrat Breitwinkel ein Name dagegangen, dem die Stadt ein dauerndes Gedächtnis bewahrt wird. Auch der Verleihung des Ehrenbürgertums der Stadt waren ihm bei Lebzeiten auch andere Auszeichnungen zuteil geworden, so die Verleihung des Ehrenkreuzes des Verdienstordens und des Albrechtsordens 2. Klasse. Als Vater der Freiheit 1863 und 1971 war er Induber mehrerer Kriegsmedaillen. Die Verleihung des Ehrenkreuzes findet nächsten Sonntag nachmittag statt vom Zimmerschau aus statt.

* Temperatur. Abgang. Die verhältnismäßig hohen Temperaturen des Freitag und Sonnabend haben das nicht zu beeinflussen vermocht. In der Sonnabend trat ein empfindlicher Rückgang ein, der die Querherrschaften früh bis auf wenige Grade über den Nullpunkt herabsetzen ließ. Es fielen, als sollte sich der erste Sonntag im Mai von einer recht unfruchtbaren Seite zeigen. Hierzu gab nicht nur die eingetretene Kühle, sondern auch der starke Nordwestwind. Unab, der in der Nacht zu beiden begonnen hatte und auch am Sonntag vormittag noch aus vollen Kräften blies. Der Nachmittag entschuldigte uns dann aber doch reichlich für die Kälteunholden des Vormittags. Es war windstill geworden und die Sonne schien hell und warm. Auch der heutige Montag zeigte sich als ein Maienfest voll Licht und Sonne, wenn es diese auch nicht so gut meinte, wie an den letzten Tagen vergangener Woche. Die Zeit steht nun vor der Tür, während der die Chilkame in weichem Gestewandte sich unter der leichten Last des Blütenreiches im Winde wiegen. Ein reizlicher warmer Regen könnte Wunder vollbringen in der Natur. Der gestern früh übergegangene wurde zwar dankbar begrüßt, war aber nicht ausgiebig genug.

-M. Landesausschuss der Deutschen Spende für Säuglings- und Kleinkinderfonds. Es ist für Sachsen nicht beabsichtigt, vor dem Herbst in eine Werbektätigkeit einzutreten, denn bis dahin soll zunächst in diesem Monat die Landesammlung für das Rote Kreuz, hierauf die Sammlung der Kriegsorganisation Dresdner Vereine und dann auch noch die U-Boot-Spende stattfinden; alle diese Veranstaltungen, die bereits fest beschlossen und anberaumt waren, würden gefördert werden, wenn jetzt schon noch außen mit Vorbereitungen der Deutschen Spende für Säuglings- und Kleinkinderfonds begonnen würde.

-M. Landesausschuss für Kriegsfürchen. Am Anschluß an die am 3. und 4. April 1917 in Dresden abgehaltenen Kriegsfürchenkundtagung bat das Ministerium des Innern — Landeslebensmittelamt — einen Landesausschuss für Kriegsfürchen gebildet, dem Herr Professor Dr. Krahl, Weißer Dirle, Fräulein Höfer und Fräulein Dr. Georgi, Dresden angehören. Der Ausschuss soll als ständige Beratungsstelle für Kriegsfürchen dienen und ist bereit, über alle Fragen, die das Kriegsfürchenwesen betreffen, Auskünfte zu geben; gleichzeitig sind ihm Anregungen und Mitteilungen über praktische Erfahrungen im Bereich von Maßnahmen von allgemeinem Interesse erwünscht, um sie anderen Kriegsfürchen zugänglich zu machen. Anschriften sind an den Landesausschuss für Kriegsfürchen, Dresden-II, Rauhbachstraße 7, zu richten.

-M. Landeskulturrat. In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates vom 27. u. 28. wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Infolge der Herabsetzung der Schlachtwalze hat sich die Spanne der Preise für Schuh- und Hutmärkte erheblich vergrößert, so daß sie nicht mehr in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Das Königliche Ministerium soll gebeten werden, an den maßgebenden Stellen dahin zu wirken, daß Richt- oder Hochgerichte für Augen in geläufigem Rechtsgebiet eingefüllt werden. — Das Landeslebensmittelamt soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Kommissionen zur Enteignung des Schlachthofes, wie aus Berichten und Beschwerden von Seiten beteiligter Kreise hervorgeht, häufig nicht nach den vorgeschriebenen Richtlinien verfahren und somit auch Buchtisch als auch tragende und noch reichlich milchende Kühe zur Enteignung angesehen. Die Kommissionen möchten angewiesen werden, die Richtlinien auf jeden Fall eingehalten. Sollte dies nicht immer möglich sein, müßte wenigstens das Buchtisch nach seinem entsprechenden Wert entwidmet werden. — Es sollen Vorbereitungen getroffen werden, daß die beim Beziehen der Butter- und Butterküche abfallenden Pfannen gesammelt und den Verbrauchern in den Städten zu Speisezwecken zugeschafft werden.

-M. Saatkartoffeln. Infolge des langen hauenden Winters konnten die Mieten in den östlichen Provinzen erst sehr spät geöffnet werden, und es muß damit gerechnet werden, daß die Lieferung von Saatkartoffeln zum Teil erst etwa in der zweiten Hälfte des Mai wird erfolgen können.

-M. Bau- und Lieferungsverträge für Gemüse und die Zuweisung von Düngemitteln. Der Landeskulturrat muß eine weitere Verteilung mit Mineraldünger zu obigen Zwecke ablehnen, da die von der Reichsstelle zugewiesenen Mengen an Kaliflüssigkost und Thomasdünger verbraucht sind. Es erübrigte sich daher jede Anfrage, den Dünger für Gemüsebau betreffend.

-Die Goldammer in Niedr. Die Nachricht, daß eine Umprägung unseres Hartgelbes geplant sei, scheint die Goldammer dort in Angst vertieft zu haben. Wie das Wehrer Tagblatt mittelt, haben in verschiedenen Geschäften in Wehrer sich in neuerer Zeit Räuber erboten, Hartgold gegen Papier umtauschen, und dabei ganze Kratzen voll Silber- und Goldmünzen zum Vorlesen gebracht. Die Üblichkeit der Regierung scheint demnach ihre Gedanken zu tragen. Nur die Goldküste ausgedehnt, würde sie gewiß auch nicht ohne Wirkung bleiben.

-Post und Telegraph. Die Zahl der in Niedr am Post- und Telegrafenverkehr teilnehmenden Kunden ist seit 1888 auf 50 gestiegen. Die Gesamtzahl der Postsachen im Deutschen Reich ist bis Ende März d. J. auf 1500000000 angewachsen. Die Summe ist erstaunlich, aber noch immer nicht genügend, wenn man bedenkt, daß allein die Zahl der in das Handelsregister eingetragenen Kaufleute ein mehrfaches davon beträgt. Den Bedarf an Zahlungsmitteln weiter einzufordern, erfordert im allgemeinen Interesse bei den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen bringend gedacht. Wer sich dem Post- und Telegrafenverkehr anfüllt, trägt hierzu bei und genießt überdies die mit der Eröffnung eines Post- und Telegrafenverkehrs verbundenen anderen Vorteile. Der Post- und Telegraphenbeamte darf es auf Zahlungsauftragungen weder auf die Post zu geben, um Geld aufzubringen, noch hat er nötig, das Geld in neuem Ausmaß

zu bringen, um es aufzubringen. Da 1894 kein Postamt bestand, dem Postbeamten in einschlägigem Maße erlaubt wurde, nicht ertrag zu senden, so ist die Ordnung der Postsache die Postsachen und Geldsachen, da die Postsachen im Post- und Telegraphenverkehr nicht erlaubt sind. Die Postsachen im Post- und Telegraphenverkehr sind erlaubt, bis zu 25 M. bis 5 M. für jedes Bruttosumme 10 M. Überbelastungen eines Postbezugs in beliebiger Höhe von einer Post- und Telegraphenbeamten kann erlaubt werden, wenn er eine Befreiungsklausur hat. Grundrente und 1 M. für die 100 M. des ausgeschlagenen Betrags berechnet. Die Postsachen für einen Postbezug über 500 M. sind mit 10 M. Anträge auf Eröffnung einer Post- und Telegraphenbeamten sind bei der Postanstalt, von der man seine Postsachen erhalten, zu stellen. Dieses Dokument erhält über den Post- und Telegraphenbeamten höhere Zustand.

-Verantwortlichkeit für die Handlung. Ein Offizier Gutsbevölkerung wußte bei der Haushaltsumfrage nicht, wieviel auf seinem Boden lagerten. Auf Aufforderung der Verwaltungskommission trat er einen Angeklagten herbei, der während seiner Einberufung die Wirtschaft gezeigt hatte, und ließ über die Wirtschaft anzeigen. Bei der Haushaltsumfrage hielt sich heraus, daß diese Angaben falsch waren. Der Gutsbevölkerung wurde wegen Vergehens gegen die Haushaltsumfrageordnung vom Landgericht Leipzig zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte, wie das O. T. Tageblatt mitteilte, in der Verhandlung dieses Urteils, indem es ausführte, daß der Angeklagte für seine Angeklagten und dessen Angaben einstecken müsse, weil dieser sie in seiner Gegenwart gemacht habe, sie also als eigene des Angeklagten angesehen werden könnten.

-Das 24. Vergleichnis der bei der Post- und Telegraphen- und Petitions-Deputation der Zweiten Kammer eingeschlagenen Petitionen ist unter den Landtagsdrucksachen erschienen. Aus seinem Inhalt seien folgende Petitionen hervorgehoben: Konservativer Verein zu Dresden: Petition um Fortsetzung und ausgleichende staatliche Hilfe für die Staatsbeamten und Staatsbediensteten. — Warter et al. Neuburg und Gossens in Swidau: Petition um Einführung des Biermonopols im Königreich Sachsen. — Der Kaisererverband des Deutschen Großhandels e. V. in Berlin: Petition, welche auf Uebergangswirtschaft betreffend. — Gesellschaft für soziale Reform in Berlin: Petition wegen Gehaltsregelung der Beamtenstellen im Einklang mit der Lebensveränderung. — 9 Petitionen zum Gesetzentwurf über das staatliche Kohlenbauprogramm. — Verband der Dresdner Haus- und Grundbesitzervereine der eingeschlagenen Vororte: Petition um Einführung einer Hypothekensteuer. — Hauptmann a. D. Knop in Dresden: Petition, um Sicherung der Postverordnung 1917 bis 1919 betreffend.

-Gesetz. Mit dem Elternkreis 2. Klasse wurde ausgesiecht der Sohn Arthur Höfe, Sohn des Straßenwärters Höfe, hier.

-Vorles. Biegfeldweber b. Mel. Martin Wolf, Hilfslehrer in Bock, wurde zum Deutnant im Inf.-Reg. Nr. 103 befördert.

-Weinböhla. In einer Plantage an der Weinstraße ist am Mittwoch die erste diesjährige Spargel geschnitten worden.

-Bittau. Über außerordentliche Zunahme der Verzehrungen von Brotbackgütern wird aus laufmännischen Kreisen des Kreises lediglich Klage geführt. So haben eine ganze Reihe Bäcker auskleidet dieserhalb bei der städtischen Handelskammer Vorstellungen erhoben und um Maßnahmen zur Abbildung erlaubt. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die große Zunahme der Verzehrungen, mit denen auch zum Teil Beschädigungen der Güter verbunden seien, ihren Grund vielleicht mit darin haben, daß die Bahnverwaltung keine Nachschiffe mehr holt und daß gerade dadurch das Brot sehr erleichtert werde. Hinzu fügt noch, daß die Beschaffenheit der Verzehrung merklich die Entwendung von Ware bei der Abnahme an der Bahn noch nicht erkennen läßt. Die Feinheiten werden erst auf den Bäumen der Empfänger festgestellt. Insolgedessen sei es auch unmöglich, einen Schadensersatzanspruch auf die Bahn geltend zu machen. Die Stämmer hat daraufhin die königl. Generaldirektion der Staatsbahnen um eine stärkere Überwachung des Bahnhofs und Güterhöfen zur Nachsicht erlaubt. Außerdem hat sie den Kaufleuten geraten, bei Abholung von Waren den Antrag auf abnahmliche Vermehrung zu stellen. Die dabei in Betracht kommenden Kosten seien gegenüber der dadurch erlangten Sicherheit kaum ins Gewicht. Vor allem werde dadurch auch der Nachweis erbracht, daß die Verzehrung oder Beschädigung tatsächlich während der Verförderung durch die Eisenbahn, nicht aber etwa nach Auslieferung des Gutes an die Angestellten des Empfängers vorgenommen worden sei.

-Klingenthal. Auf der neuen Bahnstrecke Klingenthal-Unterfalkenberg-Görgenthal, die bekanntlich elektrisch betrieben wird, haben Freitag unter Beteiligung von Regierungsvertretern die Probefahrten stattgefunden. Wie man hört, sind sie gut ausgegangen. Der erste leichte Personenwagen kam um 9 Uhr vormittags in Unterfalkenberg an, ihm folgte ein gemischt Güterwagen mit großer elektrischer Lokomotive an der Spitze. Die Eröffnung des Verkehrs soll mit besonderer Feierlichkeit am 14. Mai erfolgen. Die neue Bahnstation entspricht einem dringenden Bedürfnis der Industrie und wird nach Beendigung des Weltkrieges eine große Inanspruchnahme der Industrie sicherlich erzielen. Anberaumt ist, während der Regierung eine eindrucksvolle Eröffnung zu veranstalten. Während der Unterhandlungen schwanden jedoch einige der ungekümmer Regierungsangehörige an die Bahnen mit den Nichten. Rieder die Regierung berabdrückt, was seitens der ermäßigen bezeichneten Arbeitnehmer Schäfe hervorrief, denen einige Personen zum Opfer fielen. Der ausführende Ausschuss schied sofort einen Vertreter in die Stadt, um weiteren Zusammenkämpfen vorzubeugen und die Manifestanten beider Parteien aufzufordern, gebüdig den Ausgang der Verhandlungen zwischen der vorläufigen Regierung und dem Rate der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten abzuwarten.

-Ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die Petersburger Teleg. Agentur meldet: Infolge der Unruhen am Freitag beschloß der ausführende Ausschuss der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten einstimmig für 2 Tage jede Versammlung oder Kundgebung zu unterlassen. Jeder, der eine demokratische Kundgebung anstreitet, oder Schäfe abschafft, soll als Vertreter an der Sache der Revolution gelten. Rieder den Aufruf des Gewerkschafts, daß Freitag in den Straßen Petersburg statt gefunden hat, soll der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten eine Untersuchung einleiten. Der ausführende Ausschuss lädt in den Straßen einen Aufruf anzuzeigen, der das Volk zur Ruhe, Ordnung und Mannschaft ausfordert und von den Soldaten verlangt, nicht bewaffnet auszugehen, und Befehl des ausführenden Ausschusses nur zu gehorchen, wenn sie richtig kontrolliert sind. Der Aufruf wendet sich sowohl an die Arbeiter, als auch an die Bürgergarde und empfiehlt allen Versammlungen und Kundgebungen nicht bewaffnet beizutreten.

-Die Entschließung des Arbeiters und Soldatenrates.

Die Petersburger Teleg. Agentur meldet: Die Sitzung des Großen Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten fand erst in später Nacht. Nach Durchberatung der ergangenen Mitteilung der Regierung, die ihre Note vom 1. Mai an die Verbündeten erläuterte, nahm die Versammlung eine Entschließung an, in welcher geagt wird, daß die neue Note der Regierung an die Verbündeten jeder Anlegung der Note vom 1. Mai ein Ende mache, die diese

wurde. Nachdem sich Meiss Ueberzeugung nicht auf seinen Widerstand befreien zu können zu 20 abzensegnen wußten.

Der Ausschuss beriet, welche die gemeinsamen wichtigen bei Sentrum, den Nationalliberalen und der sozialdemokratischen Volkspartei, den Artikel 88 und 89 der Reichsverfassung die folgende Auskunft zu geben:

Artikel 88. Das Kriegsmarinesrecht unter dem Oberbefehl des Kaisers. Der Kaiser ernannte die Offiziere, Matrosen, Beamten und Beamten des Marine unter Geschwader, schwimmendes Staatskampfboot oder des Staatskampfboots des Kriegsmarines als jenes Stabskampfboot. Die Offiziere, Beamten und Mannschaften des Marine werden auf dem Kaiserschiff sichtbar genommen.

Artikel 89. Die Ernennung der Offiziere und Militärdienst eines Kontingentes erfolgt unter Bezeichnung des Kriegsministers des Kontingentes. Die Kriegsminister, mit Ausnahme des bayerischen, sind dem Kriegsminister verantwortlich.

Die Anträge wurden nach längere Beratung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Im Artikel 88 wurde nach dem ersten Satz noch eingefügt: Die Organisation der Guarammungen liegt dem Kaiser ob. Ein Zentralredner wandte sich dagegen, daß in ganz unverantwortlicher Weise das Streben des Ausschusses in einem Seitartikel der "Kriegsverfassung" enthalten werde. Gabe der Ton so weiter, dann würde man sich nicht wundern, wenn im gleichen Tone geantwortet würde. Angesichts solcher einseitiger, überpartei und unrichtiger Darlegungen würde man sich nicht über den Widerhall im Inn- und Auslande wundern.

In der Förderung der Anträge wurden diese zunächst von einem sozialdemokratischen Redner begründet. Er wies darauf hin, daß die Forderungen der Anträge früher auch in Beiden redet gewesen seien, bis später das Militärdienst seine mächtige erfüllende Stellung erhalten habe und zum Schrein des Militärs geworden sei. Der preußische Kriegsminister ist der Präsident des Militärdiensts und somit in einer unverdienlichen Stellung. Durch die neuen Bestimmungen sollten auch die Kriegsminister der anderen Kontingente dem Reichstag verantwortlich werden. Von einem Parlamentsbericht oder einer Untergründung des Kommandogewalt sei hier nicht die Rede.

Von konservativer Seite wurde gefragt, warum in dem Augenblick, in welchem das Offizierskorps aufs glänzendste bewohnt, Rendungen der Gründlage, nach denen es bisher ernannt worden sei, beschlossen werden sollten. Das würde als ein Schlag ins Gesicht des Offizierskorps empfunden. Das Ernennungsrecht des Königs von Preußen sei bisher an keine Gegenzeichnung und Zustimmung eines Ministers gebunden gewesen. In dem Antrag liege eine Minderung der Rechte des Monarchen. Wenn die Ernennung der Offiziere und die Gründlage, nach denen diese erfolge, der Kontrolle des Parlaments unterstellt würde, so hätten die Offiziere Unrat, mit ihren persönlichen Bindungen an die Abgeordneten zu wenden. Das verdeckliche Treuverhältnis zum Monarchen würde dadurch beeinträchtigt.

Militärdienstdirektor Dr. Lewald gab zu bedenken, daß die Offiziere nicht Rechts, sondern preußische, bayerische, sächsische usw. Offiziere seien und verwies auf zahlreiche Ausführungen Bismarcks über die Verantwortlichkeit des Reichsministers in Angelegenheiten der Verwaltung des Reichsbeeres.

Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, daß Mitglieder, welche sich im Kriege als grau erwiesen hätten, Verfehlung erforderlich. Dem Kaiser solle ein Berater zur Seite stehen, der dem Reichstag verantwortlich sei.

Ein Zentralredner wies darauf hin, daß das, was jetzt für die anderen Bundesstaaten gefordert werde, in Württemberg längst befehlt wurde, und sei etwa dort das Kreisverhältnis zum Kontingentsberater ein geringeres? Der Antrag wolle an die Stelle der Fiktion der Verantwortung eine wirkliche Verantwortung legen.

Ein konservativer Redner hielte daran fest, dies sei der erste Schritt zum Parlamentsberer.

In der Abstimmung wurden die Anträge, wie schon gemeldet, mit einer Einschaltung, gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Die Ereignisse in Russland.

Die Kundgebungen für und wider die Regierung.

Die Petersburger Tel.-Ag. meldet: Der ausführende Ausschuss des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten trat von Neuem zusammen, um über seine Haltung betreffend die Note der vorläufigen Regierung an die Angestellten zu beschließen. Während der Sitzung wurde der Ausschuss bestimmt, daß zahlreiche Arbeiter einiger Werkstätten und Fabriken in den Vorstädten die Arbeit verlassen hätten und zum Mittelpunkt der Stadt marschierten mit Bannern, auf denen der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Sogar bildete sich eine eindrucksvolle Kundgebung zu Gunsten der vorläufigen Regierung und zog den der Regierung feindlichen Manifestanten entgegen. Die Regierungsbänder begannen die Gegenparade, in der sich einige Dutzend mit Gewehren bewaffnete Arbeiter befanden, zu ermahnen, die vorläufige Regierung zu unterstützen. Während der Unterhandlungen schwanden jedoch einige der ungekümmer Regierungsbänder an die Bahnen mit den Nichten. Rieder die Regierung berabdrückt, was seitens der ermäßigen bezeichneten Arbeitnehmer Schäfe hervorrief, denen einige Personen zum Opfer fielen. Der ausführende Ausschuss schwied sofort einen Vertreter in die Stadt, um weiteren Zusammenkämpfen vorzubeugen und die Manifestanten beider Parteien aufzufordern, gebüdig den Ausgang der Verhandlungen zwischen der vorläufigen Regierung und dem Rate der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten abzuwarten.

Ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die Petersburger Teleg. Agentur meldet: Infolge der Unruhen am Freitag beschloß der ausführende Ausschuss der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten einstimmig für 2 Tage jede Versammlung oder Kundgebung zu unterlassen. Jeder, der eine demokratische Kundgebung anstreitet, oder Schäfe abschafft, soll als Vertreter an der Sache der Revolution gelten. Rieder den Aufruf des Gewerkschafts, daß Freitag in den Straßen Petersburg statt gefunden hat, soll der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten eine Untersuchung einleiten. Der ausführende Ausschuss lädt in den Straßen einen Aufruf anzuzeigen, der das Volk zur Ruhe, Ordnung und Mannschaft ausfordert und von den Soldaten verlangt, nicht bewaffnet auszugehen, und Befehl des ausführenden Ausschusses nur zu gehorchen, wenn sie richtig kontrolliert sind. Der Aufruf wendet sich sowohl an die Arbeiter, als auch an die Bürgergarde und empfiehlt allen Versammlungen und Kundgebungen nicht bewaffnet beizutreten.

Die Entschließung des Arbeiters und Soldatenrates.

Die Petersburger Teleg. Agentur meldet: Die Sitzung des Großen Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten fand erst in später Nacht. Nach Durchberatung der ergangenen Mitteilung der Regierung, die ihre Note vom 1. Mai an die Verbündeten erläuterte, nahm die Versammlung eine Entschließung an, in welcher geagt wird, daß die neue Note der Regierung an die Verbündeten jeder Anlegung der Note vom 1. Mai ein Ende mache, die diese